Als Menschenrechtsbeobachterin in der Westbank

Berichte aus den South Hebron Hills

von Magdalene Schwan-Storost

BERLINER MISSIONSWERK

Herausgeber:
Berliner Missionswerk
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und der Evangelischen Landeskirche Anhalts

Georgenkirchstraße 70; 10249 Berlin
Telefon: (030) 243 44–123
bmw@berliner-missionswerk.de

Redaktion: Jutta Klimmt (verantwortlich), Susanne Voellmann, Henrik Weinhold
Der veröffentlichte Text gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgebers wieder.

Layout: Jana Müller-Heuser, jmh-design.de

Bildnachweis: Alex Virtanen: Titelbild;
delayed gratification (cc): 18;
The Presbyterian Church in Canada: 30 links;
Andreas Grüneisen: 30 rechts;
Schwan-Storost: alle weiteren

Möchten Sie das EAPPI-Programm beim Berliner Missionswerk unterstützen?

Das Berliner Missionswerk gehört zu den drei deutschen Entsende-Organisationen des EAPPI-Programmes. Bisher konnten 17 Freiwillige über das Berliner Missionswerk Ihren Beitrag zur Friedensarbeit in Palästina und Israel leisten. Mit Ihrer Spende unterstützen Sie uns bei der Aussendung von Freiwilligen und bei der Öffentlichkeitsarbeit, wie z. B. der Herausgabe der vorliegenden Publikation.

Spendenkonto des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk 777 820 | BLZ 210 602 37 | EDG Kiel | Projektnr. 4614

„Das Ende der Besatzung ist eine Befreiung für Palästinenser und Israelis. Es ist inzwischen alles gesagt, Lösungen liegen bereit. Es fehlt nur der Wille, sie auch endlich umzusetzen." Magdalene Schwan-Storost hört diese Worte von Bischof Munib Younan, dem Lutherischen Bischof in Jerusalem, vor der Abfahrt in ihren zukünftigen Einsatzort als Freiwillige des Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI).

Entsandt durch das Berliner Missionswerk engagiert sich die 64-jährige aus Voerde am Niederrhein von Februar bis Mai 2012 im Programm des Ökumenischen Rats der Kirchen. Schon bald nach ihrer Ankunft in Yatta beginnt Magdalene Schwan-Storost, die vielfältigen Eindrücke in Form prägnanter Berichte in ihre Heimat zu schicken. Für sie ist es auch eine Möglichkeit, das Erlebte zu verarbeiten. Oft stößt sie dabei an die Grenzen ihrer eigenen Fähigkeit, zu hoffen und an eine positive Wendung in diesem Konflikt zu glauben. Doch die Begegnungen mit Palästinensern, die unter widrigsten Bedingungen ausharren und ihre Menschenrechte einfordern, und mit Israelis, die ungeachtet von Repressalien im eigenen Land für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden für beide Völker eintreten, machen ihr immer wieder Mut. Sie hört und erlebt, dass ihre pure Anwesenheit, ein so bescheidenes Mittel gewaltfreien Engagements, den Menschen, die sie begleitet, Hoffnung gibt, und dass diese sich sicherer fühlen.

Seit etwa fünf Jahren engagiert sich EAPPI für die Menschen in den Bergen südlich von Hebron. Damals hatten die Bewohner von Susiya, einem kleinen Beduinendorf, um Anwesenheit und Schutz vor den nächtlichen Übergriffen durch gewaltbereite Siedler aus der nahegelegenen israelischen Siedlung gebeten. Bald wurden die Ökumenischen Begleiter über Probleme in anderen Teilen der South Hebron Hills informiert und von Bewohnern verschiedener Dörfer gebeten, auch dort Präsenz zu zeigen. Mit der Öffnung von EAPPI für Teilnehmer aus Ländern Lateinamerikas und Südostasiens wurde es schließlich 2011 möglich, in den South Hebron Hills einen neuen, den siebten Einsatzort des Programms in den besetzten palästinensischen Gebieten einzurichten.

Seitdem leben jeweils vier Freiwillige für drei Monate in Yatta, der größten Stadt dieses Gebietes. Zu ihren Aufgaben zählt vor allem die Präsenz in palästinensischen Gemeinden, die von Siedlergewalt und/oder Hauszerstörungen bedroht sind. Sie begleiten Schulkinder und Arbeiter auf ihrem Weg durch Checkpoints, nehmen gemeinsam mit Israelis und anderen Internationalen an Solidaritätsaktionen teil und berichten über ihre Erlebnisse, sowohl den Menschenrechtsorganisationen vor Ort wie der UNO, dem Roten Kreuz und B'Tselem, als auch ihren Familien und Freunden in den jeweiligen Heimatländern.

Für Magdalene Schwan-Storost sind die drei Monate in Yatta sehr schnell vergangen. Die folgende Sammlung der Berichte aus ihrem Einsatz soll dazu beitragen, ihre Erfahrungen und Erlebnisse einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen.

Berlin, im August 2012

Susanne Voellmann
Nahostreferat des Berliner Missionswerks

Anja Soboh
Strukturentwicklung
EAPPI Netzwerk Deutschland

Vom 8. Februar bis 5. Mai 2012 war ich drei Monate Menschenrechtsbeobachterin im kirchlichen Auftrag. Als Teilnehmerin des Programms EAPPI (Ecumenical Accompaniment Program for Palestine and Israel) war ich in der von Israel besetzten Westbank als Ökumenische Begleiterin eingesetzt. Die Berichte in diesem Heft entstanden während meines Einsatzes.

Ich beschäftige mich als aktives Mitglied von Amnesty International schon seit über 30 Jahren mit Verstößen gegen die Menschenrechte in der ganzen Welt. Durch Reisen in den Libanon, nach Syrien, Jordanien und Israel/Palästina in den letzten zehn Jahren habe ich mich intensiv mit dem Nahostkonflikt auseinandergesetzt - insbesondere mit der Situation der Palästinenser. Auf einer Begegnungsreise durch die Westbank vor zwei Jahren traf ich in Hebron auf einen Ökumenischen Begleiter, der unsere Reisegruppe durch diese vom israelisch-palästinensischen Konflikt besonders stark gezeichnete Stadt führte - und war von da an fasziniert vom Ökumenischen Begleitprogramm in Israel/Palästina.

Mich überzeugt die Position der Unparteilichkeit, ohne neutral zu sein, wenn es um die Einhaltung der Menschenrechte und die Prinzipien des humanitären Völkerrechts geht. Für mich war besonders wichtig, dass das Programm mir die Möglichkeit bot, für einen längeren Zeitraum den Alltag mit Palästinensern in der Westbank zu teilen. Drei Monate lang konnte ich zusammen mit Hanna Isbom (Finnland), Emmet Sheerin (Irland) und Björn Moback (Schweden) in den South Hebron Hills hautnah erfahren, welchen Belastungen die Menschen dort durch die Besetzung tagtäglich ausgesetzt sind.

Der Einsatz der Ökumenischen Begleiter erfolgt an sieben Orten (siehe Übersichtskarte auf Seite 31), an denen häufig Gewalt gegen Palästinenser ausgeübt wird, d.h., wo sie der Willkür israelischer Soldaten oder jüdischer Siedler in besonderem Maße erfahren. Mein Einsatzort war Yatta, eine mittelgroße Stadt südlich von Hebron (siehe Landkarte auf Seite 16/17). In den umliegenden Dörfern kommt es immer wieder zu massiven Drangsalierungen der palästinensischen und beduinischen Bevölkerung durch israelische Siedler. Außerdem drohen ständig Hauszerstörung und Vertreibung durch das israelische Militär.

Ich hoffe, dass wir durch unsere solidarische Präsenz vor Ort, durch die Unterstützung christlicher, muslimischer und israelischer Friedensaktivisten und durch unsere Berichte und Vorträge einen Beitrag leisten konnten - und auch weiterhin können - für ein Ende der Besatzung und eine friedliche und faire Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Magdalene Schwan-Storost

Seit ihrer Rückkehr bietet Frau Schwan-Storost Vorträge über ihre Zeit in den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel an. Sollten Sie Interesse an einem Vortrag haben, stellen wir gern den Kontakt her.

Rufen Sie uns an unter 030 – 243 44 195 oder mailen Sie: nahost-jv@berliner-missionswerk.de

Ein Olivenhain in Susiya.

Zerstörte Hoffnungen

Von Yatta aus fahren wir nach Susiya, einem kleinen palästinensischen Dorf in den Hügeln südlich von Hebron. 33 Familien leben dort (etwa 350 Personen), die meisten in einfachen Zelten. Sie haben uns um Hilfe gebeten, genauer: um „protective presence" (schützende Präsenz), eine unserer Hauptaufgaben in Palästina. Wir wollen durch unsere Anwesenheit Solidarität zeigen, in Text und Bild Vorgänge vor Ort dokumentieren und verbreiten. Wir hoffen, dass wir damit auch eine Schutzfunktion haben gegen die ständige Bedrohung durch Hauszerstörungen, Vertreibungen und Schikanierungen durch das israelische Militär oder die radikalen Siedler. Wir wollen vor allem verhindern, dass palästinensische Dörfer ganz von der Landkarte verschwinden, wie es sich schon in etlichen Fällen andeutet, weil ihre Bewohner schließlich aufgeben und ihr Land den Siedlern überlassen.

Oberhalb des Dorfes haben Siedler etliche Bäume im Olivenhain des Dorfes abgehackt. Als wir ankommen, ist das ganze Dorf auf den Beinen, um an die Stellen der zerstörten Bäume Mandelbaumsetzlinge zu pflanzen und damit die Inbesitznahme des Hains durch die Siedler zu verhindern.

Neue Mandelbäume werden gepflanzt.

Kaum hat die Pflanzaktion begonnen, ziehen am Rande des Hains israelische Militärfahrzeuge auf. Etwa zehn junge israelische Soldaten bilden eine Kette und versuchen die Palästinenser in Richtung des Dorfes zu verscheuchen. Wir fragen die Soldaten nach dem Grund der Vertreibung und erfahren, dass die Siedler sich angeblich durch die Pflanzaktion provoziert fühlen. Im Laufe der nächsten Stunde verlegen sie die Grenze, bis zu der sie die Palästinenser gewähren lassen, willkürlich immer weiter in Richtung des Dorfes, was schließlich in einem wütenden Ausbruch eines jungen Palästinensers eskaliert.

Es gelingt zumindest, einen Großteil der Setzlinge zu pflanzen und zu wässern. Die Schikanierungen der Palästinenser machen mich wütend, aber auch die Gespräche mit den Soldaten empfinde ich als bedrückend. Auf der einen Seite erzählen sie uns aus ihrem persönlichen Leben, von Dingen, die junge Menschen in ihrem Alter eben tun. Und dann hören wir gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen Phrasen, die ihnen offensichtlich eingetrichtert werden. Ich denke dabei an ein Mitglied der aus ehemaligen israelischen Soldaten bestehenden Friedensorganisation „Breaking the Silence“ (siehe S. 20), der uns gegenüber die Ausbildung der Soldaten sogar als „brainwashing“ (Gehirnwäsche) bezeichnete.

Am nächsten Tag erfahren wir, dass alle Setzlinge über Nacht ausgerissen wurden.

K(l)eine Schule in Jinba?

Wir verlassen heute Yatta und fahren nach Jinba, in ein kleines Dorf südlich von uns. Obwohl die beiden Orte nur wenige Kilometer trennen, gehören sie politisch zwei unterschiedlichen Welten an, der A- Zone und der C-Zone in der Westbank.

Im Rahmen der Oslo-Verträge wurden 1995 zwischen Israel und der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) die Einteilung der Westbank in die Zonen A, B und C vereinbart. Die A-Zone (etwa 18 % der Westbank) wird heute vollständig von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) kontrolliert. Sie umfasst die großen Städte, in denen etwa 80 % der palästinensischen Bevölkerung leben. In der B-Zone (20 % der Westbank) haben die Israelis die militärische Kontrolle, die PA die Kontrolle über die Verwaltung. Die restlichen 62% Prozent der C-Zone werden sowohl militärisch als auch zivil von Israel kontrolliert. Nach dem Oslo-Abkommen sollten die Zonen B und C stufenweise in die Kontrolle der PA übergehen, um mit der A-Zone einen zukünftigen Palästinenserstaat zu bilden. Das ist die Theorie. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die israelische Regierung offensichtlich einen anderen Plan verfolgt: In den C-Gebieten soll den Palästinensern das Leben schwer gemacht werden, damit sie ihre Dörfer und ihr Land verlassen. Gleichzeitig sollen die Gebiete mit israelischen Siedlungen bebaut werden, was einhergeht mit der Konfiszierung palästinensischen Landes.

So sehen wir auf unserer Fahrt nach Jinba inzwischen auf einem Großteil der Hügelkuppen die gleichförmigen Siedlungshäuser mit ihren roten Dächern und an den Rändern der Siedlungen die Außenposten, die sich wie Kraken in die Landschaft fressen.

Ich bin unterwegs mit Hamed Quawasmeh, dem für die südliche Westbank zuständigen Repräsentanten der UN-Organisation OHCHR (Hohes Kommissariat für Menschenrechte) und der UNICEF-Koordinatorin Maryanna Schmuki. Sie wollen sich vor Ort einen Eindruck von der bedrohlichen Lage verschaffen, in der sich das Dorf befindet. 1985 wurde Jinba völlig zerstört, die Bewohner wurden vertrieben. Nach einem langen Prozess vor dem Obersten Israelischen Gerichtshof konnten die Bewohner schließlich zurückkehren. Vor drei Jahren erhielten sie erneut Abrissbescheide für 16 Gebäude und die bescheidene Moschee, was die Dorfbewohner besonders bedrückte. Nach mehreren Aufschü-

Die Moschee von Jinba.

ben droht nun nach einem erneuten Bescheid die endgültige Zerstörung.

Für drei weitere Wohnhäuser und die kleine Schule wurde ein zusätzlicher Abrissbescheid ausgestellt. Die Schule wurde von der Organisation „Islamic Relief USA" finanziert und 2011 eröffnet. „In knapp einem Monat, am 19. März, soll die Zerstörung unserer Schule laut der Benachrichtigung erfolgen. Wir waren so froh über den Bau des Schulgebäudes, nachdem wir die Kinder lange Zeit in einem Zelt unterrichten mussten", berichtet uns Khader Amour, der Schulleiter. Die kleine Schule hat drei Räume. In zwei von ihnen werden elf Mädchen und 13 Jungen täglich von zwei Lehrern in den Klassenstufen 1–4 unterrichtet. Im dritten Raum befindet sich der Kindergarten, der bisher unentgeltlich von einer Erzieherin geleitet wird. Gern würde der Schulleiter ihr ein bescheidenes Gehalt bezahlen, aber er verfügt über kein eigenes Budget. Alle Materialien besorgt er sich von den umliegenden Schulen. Ein Laptop oder einen Tonträger besitzt die Schule nicht. Die kleine Solaranlage auf dem Dach reicht nur für die Beleuchtung. Khader Amour ist stolz, dass seine Schüler trotz der vielen Schwierigkeiten bei dem letzten Mathematiktest des Erziehungsministeriums gut abgeschnitten haben. Bei einem kurzen Besuch in einem Klassenraum geht es munter zu. Die Kinder sind fröhlich, spontan und begierig, uns Proben ihres Könnens zu zeigen.

„Obwohl wir uns viel Mühe geben, schicken etliche Eltern ihre Kinder aber doch nicht zu uns. Sie bringen sie bei älteren Geschwistern

24 Kinder lernen in der kleinen Schule von Jinba.

in Yatta unter, damit sie dort zur Schule gehen können. Sie tun dies aus Angst vor dem israelischen Militär, den drohenden Zerstörungen – und Yaakov Talia dort oben auf dem Hügel".

Yaakov Talia gilt als einer der radikalsten Siedler in der Gegend. Er ist Südafrikaner, trat nach dem Ende der Apartheid zum jüdischen Glauben über und siedelte sich oberhalb von Jinba an. Mehrmals schoss er im letzten Jahr auf Frauen und Kinder. Vor zwei Jahren erschoss er sechs Schafe der Dorfbewohner. In Begleitung mehrerer Soldaten bedrohte er Mitte letzten Jahres Bewohner in ihren Häusern und schlug Kinder.

„Wir sind zermürbt von den ständigen Bedrohungen und der Unsicherheit", sagt Khader Amour. „Unsere Kinder erleben die Welt sehr einseitig. Als wir vor einiger Zeit einen Ausflug nach Ramallah machten, waren sie sehr verängstigt, als ein palästinensischer Polizist sie ansprach. Sie erleben ja normalerweise eine Person in Uniform als jemanden, der uns willkürlich verhaften kann und vor den Attacken der Siedler nicht schützt. Ich versuche trotzdem, ihnen immer wieder das Gefühl zu geben, dass das Leben mehr ist als nur Krieg zwischen uns und den Siedlern."

Siedeln und Vertreiben

Um Al Kher, ein Dorf in den Hügeln südlich von Hebron, hat 130 Einwohner und liegt direkt neben der israelischen Siedlung Carmel – nur durch einen Drahtzaun getrennt. Hier lebt Eid Suleiman (29). Seine Frau arbeitet als Lehrerin in der Schule von Um Al Kher. Eid Suleiman stellt aus Abfallmaterialien Kunstwerke her und arbeitet für verschiedene Menschenrechtsorganisationen. (www.eidworkshop.wordpress.com)

„Ich stamme aus einer Beduinenfamilie, gehöre zum Stamm der Jahilin. Bis zur Staatsgründung Israels lebten wir in der Negevwüste und wurden nach 1948 von dort vertrieben. Hier in Um Al Kher kauften wir Land, wir kultivierten einen Teil, den anderen benutzten wir als Weideland für unsere Schafe. 1980 entstand auf einem Teil unseres Hügels ein kleiner israelischer Militärübungsplatz. Die Soldaten waren in ein paar Wohncontainern untergebracht. Wir haben zunächst nicht protestiert, weil wir erwarteten, dass sie irgendwann wieder abziehen. Das taten sie dann auch nach zwei Jahren. Plötzlich tauchten aber kurz darauf Bulldozer auf, planierten einen Großteil unseres Hügels und es wurde ein Zaun gezogen. Schließlich wurden in diesem abgesteckten Areal etwa 30 Wohncontainer aufgestellt, in die Siedler einzogen. Nach und nach verschwanden die provisorischen Unterkünfte und wurden durch Häuser ersetzt. Schon damals haben wir mit Hilfe eines Rechtsanwalts versucht, vor dem Israelischen Obersten Gerichtshof einen Baustopp zu erreichen. Ohne Erfolg. Das Gebiet wurde zur Militärzone erklärt, wir konnten nichts machen."

Trotz des Verstoßes gegen internationales Recht forciert Israel den Ausbau der Siedlungen in der Westbank seit Ende der 1970er Jahre, erklärte schließlich 40 % der Westbank zu Staatsland, das nur von israelischen Juden besiedelt werden durfte. Mit der zunehmenden Zahl der Sied-

Eid Suleiman im Gespräch.

Die Siedlung Carmel wird erweitert.

lungen ging der Bau eines Straßennetzwerkes einher, um die Siedlungen untereinander und mit Israel zu verbinden. Dazu wurden große Teile palästinensischen Acker- und Weidelandes konfisziert und zerstört.

„Zwanzig Jahre lang gab es zwischen uns und den Siedlern keine Kontakte, auch keine Beschimpfungen oder Attacken von ihrer Seite. Wir lebten einfach nebeneinander her. Das änderte sich 2000, mit dem Ausbruch der Intifada. Unsere Häuser wurden durchsucht, es gab Festnahmen. 2006 entfernten die Siedler den Grenzzaun auf einer Seite, wieder erschienen Bulldozer und planierten weitere Teile unseres Landes. Wir haben sofort die Polizei gerufen, die konnte aber nur einen kurzfristigen Baustopp durchsetzen. Wenn die Polizeistation geschlossen war, gingen ab dem späten Nachmittag bis nachts die Bauarbeiten weiter. Auf unsere Proteste hin erfuhren wir, das sei jetzt Staatsland. Unsere Dokumente von 1950, aus denen hervorgeht, dass wir das Land gekauft haben, wurden nicht anerkannt. 2008 wurden die neuen Häuser bezogen und seitdem bedrohen die Siedler uns. Sie rufen Beleidigungen, scheuchen unsere Schafe weg und werfen Steine. Im April 2009 wurde Roqaya al-Hazalin, die im neunten Monat schwanger war, von zwei Siedlern heftig geschlagen. Dass jede Familie mehrere Waffen besitzt und sie damit herumfuchteln, macht uns Angst. In den letzten drei Monaten wurden zwei Ziegen von Siedlern erschossen. Einer unserer drei Brunnen liegt direkt neben dem Grenzzaun zur Siedlung. Die Siedler bedrohen uns, wenn wir dort Wasser holen. Deshalb benutzen wir ihn nicht mehr."

Laut OCHA (Organisation for the Coordination of Human Affairs) haben sich die Angriffe von Siedlern auf Palästinenser, die zu Verletzungen und Zerstörungen führten, von 2009 bis 2011 um fast 150 % erhöht. In 90 % der Vorfälle, die Palästinenser der israelischen Polizei meldeten, kam es zu keiner Anklageerhebung.

„Früher sind wir mit unseren Schafen über den Hügel gegenüber der Siedlung zu unserer Weide gezogen. Das dauerte nur ein paar Minuten. Vor einiger Zeit haben die Siedler auf der Hügelkuppe eine Baumreihe gepflanzt, einige Soldaten haben sich dort postiert und uns verboten, weiterhin über den Hügel zu gehen. Jetzt müssen wir mit den Schafen einen Umweg von einer halben Stunde machen. Wir befürchten, das ist der erste Schritt zu einer weiteren Siedlung. Die Erweiterung direkt neben uns geht ununterbrochen weiter. Dort drüben sind schon wieder neue Häuser im Bau und seit letztem Monat auch die große Mauer zur Befestigung des Hügels. Saadet Tha´lah, unser Nachbardorf, können

wir nur noch über einen Umweg erreichen. Die Straße dort unten war einmal der Weg, der dorthin führte. Er wurde konfisziert, geteert und darf jetzt von uns nicht mehr benutzt werden. Für das ganze Dorf haben wir inzwischen Abrissbescheide, einschließlich unseres Gemeindehauses und unseres kleinen Bibliothek-Busses. Uns wollen sie vertreiben. Die Siedler hingegen werden in die C-Gebiete gelockt, weil es hier hoch subventionierten, billigen Wohnraum gibt, die Steuern niedrig sind und jede Siedlung durch das Militär geschützt wird."

Offiziell fördert die israelische Regierung seit den frühen 1990er Jahren die Neugründung von Siedlungen nicht mehr. Aber einzelne Politiker und Behörden unterstützen stillschweigend die Entstehung illegaler Außenposten, die meist unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zustande kommen. So kommt es vor, dass Siedler um die Installation einer Antenne auf einem Hügel bitten, danach um Strom für die Antenne. Ein Wächter für die Antenne wird angestellt, der ein kleines Schutzhaus braucht, das an das israelische Elektrizitätsnetz angeschlossen wird. Schließlich wird eine Straße dorthin gebaut, Wohncontainer werden aufgestellt und bilden dann einen neuen Teil der Siedlung.

„Ich hasse die Israelis nicht, ich habe viele israelische Freunde. Aber die israelische Politik unternimmt nichts, um den Siedlungsbau zu stoppen. Für mich ist er aber das größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden zwischen Palästinensern und Israelis."

Archäologie gegen Menschen

Der Name Susiya (Alternative Schreibweisen: Susya, Suseya) taucht auf der Karte der South Hebron Hills gleich dreimal auf. Zum einen bezieht sich der Name auf den Ausgrabungsort einer antiken jüdischen Siedlung und damit auch auf das Gebiet, das nach dem Abzug der Kreuzritter ab dem 13. Jahrhunderts von muslimischen Familien besiedelt wurde. 1983 hat sich die angrenzende israelische Siedlung bei ihrer Gründung den gleichen Namen gegeben.

Die Ruinen der Synagoge von Susiya.

Die von der Ausgrabungsstätte vertriebenen Palästinenser, die sich zwischen diesen beiden Orten ansiedelten, nahmen ihren Namen mit und nannten ihr neues Dorf wieder Susiya.
Schon im 19. Jahrhundert hatten Archäologen in Susiya Ruinen einer antiken Siedlung entdeckt. Ab Anfang der 1970er Jahre gab es verstärkte Anstrengungen Israels – vor allem unter Führung Moshe Dayans – in Gaza und der Westbank nach Spuren jüdischer Besiedelung zu suchen, um vermeintlich historisches Recht auf dieses Land zu untermauern. Dabei verstießen sie gegen internationales Recht, das archäologische Grabungen in besetzten Gebie-

ten ohne Einverständnis der dort ansässigen Bevölkerung untersagt. In Susiya begannen die Ausgrabungsarbeiten 1971. Man fand dort eine Siedlung, die zwischen 400–900 nach Christus bewohnt war: eine Synagoge mit einem Mosaikboden, Ruinen von Wohnhäusern, Wohnhöhlen, Reinigungsbäder und eine Ölmühle. Insgesamt gibt es in dem Dreieck Hebron – Beer Sheva – Arad sechs Ausgrabungsstätten.

Muhammad Nawaja (66) und seine Frau Zahreha (64) lebten mit etwa 60 weiteren Familien seit Generationen im Gebiet des antiken Susya.

Muhammad erzählt: „Wie viele andere auch lebten wir dort in einer der großen Höhlen. Die waren im Winter ein Schutz gegen die Kälte, im Sommer angenehm kühl. Es gab dort reichlich Wasser für uns, unsere Schafe und die Felder. Unser Leben war einfach, aber wir waren zufrieden. Wir bekamen neun Kinder, vier Mädchen und fünf Jungen. Alle konnten von hier aus nach Yatta in die Schule gehen. 1986, mein jüngster Sohn Abed war sechs Monate alt, wurden wir über Nacht von hier vertrieben. Wegen der Ausgrabungen, wurde uns gesagt. Genaueres erfuhren wir nicht. Die Soldaten kamen einfach ohne Ankündigung, zerstörten die Zelte für die Schafe, dann verschlossen sie die Höhle mit

Ehemalige Wohnhöhle in der Ausgrabungsstätte Susiya.

Felsblöcken. Es gelang uns noch, heimlich einige Felsblöcke beiseite zu räumen und das Nötigste, wie z. B. Decken, herauszuholen. Danach wurde ein Zaun um das Gelände gezogen“. „Ich bin nachts noch ein paar mal durch ein Loch unter dem Zaun gekrochen und habe einige wichtige Geräte für die Landwirtschaft über den Zaun geworfen“, sagt Zahreha.

Seit ihrer Vertreibung lebt ein Teil der Familie Nawaja in Zelten auf dem Rest ihres Landes, der ihr noch gelassen wurde. Von den 8.000 Donum (1 Donum = 1.000 m^2), die sie einmal besaßen, wurden 6.000 Donum von den Siedlern kon-

Familie Nawaja vor ihrem Zelt in Susiya.

Muhammad und Zahreha Nawaja im Schnee.

fisziert oder zur militärischen Sicherheitszone erklärt.

„Wir haben nie eine Entschädigung für unsere Verluste erhalten", sagt Muhammad Nawaja verbittert. „Ein Teil unserer Familie lebt nun in Yatta, in der A-Zone, wo es sicherer für uns ist. Der andere Teil bleibt in Susiya, auf unserem Land, damit wir nicht noch alles verlieren, weil wir nicht regelmäßig dort sind. Allerdings droht uns ständig die Zerstörung unseres Dorfes."

Dieser Gefahr sind alle Bewohner der C-Zone ausgesetzt, da hier gleichzeitig verschiedene Gesetze angewendet werden. So nutzt Israel zum einen das osmanische Gesetz von 1858. Danach fällt Land, das drei Jahre lang landwirtschaftlich nicht genutzt wird, an den Staat zurück, in diesem Fall an Israel. Das kann schnell passieren, wenn die Bauern wegen Wassermangels ihr Land nicht oder nicht vollständig bewirtschaften können. Außerdem beruft sich Israel auf den Entwicklungsplan der britischen Mandatsregierung aus den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts. Dieser erklärte den größten Teil der C-Gebiete zu Agrarflächen, in denen nicht gebaut werden darf. So werden 95 % aller Bauanträge abgelehnt. Alle Gebäude, die wegen der Vergrößerung der Bevölkerung so zwangsläufig „illegal" entstehen, erhalten Abrissbescheide. Nachdem 1998 in Susiya 113 Zelte zerstört wurden, sollen unter dem Druck einer Petition der rechtsgerichteten, nationalistischen Organisation Regawim alle Zelte und Gebäude, einschließlich der Schule, Krankenstation und des Kulturzentrums abgerissen werden. Alle 320 Einwohner, davon 150 Kinder, würden wiederum vertrieben. Am 6. Juni 2012 soll vor dem Israelischen Obersten Gerichtshof die Entscheidung fallen. (Ergänzende Anmerkung der Redaktion von Mitte Juli 2012: Anfang Juni wurden die Abrissaufforderungen durch die israelischen Behörden bestätigt. Die Bewohner Susiyas legten daraufhin Widerspruch ein und konnten einen zweiwöchigen Aufschub bewirken. Am 22. Juni kam es in Susiya zu einer großen Solidaritätsdemonstration mit palästinensischen und israelischen Friedensaktivisten. Auf der Seite www.susiyaforever.wordpress.com können Sie sich über die aktuellen Entwicklungen informieren, Bilder und Filme von und über Susiya ansehen.)

Alle Gerichtsurteile zugunsten der Palästinenser können durch Militärverordnungen ausgehebelt werden. So wurde das Gebiet um die archäologische Ausgrabungsstätte zur militärischen Sicherheitszone erklärt. Am 3. April werden wir Zeugen, wie die gesamte Neubepflanzung auf dem Land der Familie Al Idschbar in einer vom

Militär geleiteten Operation ausgerissen wird. Nach der Zerstörung ihrer 13 Zelte und drei Zisternen ist die Familie 2011 nach Yatta vertrieben worden. Der Leiter der Operation präsentiert ein Dokument, wonach bis (vorerst?) 2014 das Gelände nicht mehr betreten werden darf, unter Androhung der Verhaftung.

Die immer stärkere Vertreibung aus den C-Zonen mit gleichzeitigem Rückzug in die größeren Städte der A-Zone führt zu einem stetigen Verlust von Hinterland. Land, das die Palästinenser dringend brauchen: für natürliches Wachstum, Landwirtschaft, Müllkippen, Kläranlagen und Verbindungsstraßen zwischen den Dörfern.

Während der drei Monate in dem Hügelgebiet südlich von Hebron erscheint mir Susiya wie ein Mikrokosmos aller Probleme, die die Besatzung durch Israel für die palästinensische Bevölkerung mit sich bringt. In den vielen Geschichten der Menschen und als Augenzeugin habe ich über Landverlust und Zerstörung von Dörfern erfahren. Von häufigen Verhaftungen mit hohen Kautionssummen, oft nur wegen Überschreitung von willkürlich gezogenen Grenzen zu jüdischen Siedlungen. Von ständigen Schikanen und Bedrohungen durch die Siedler, oft ohne Schutz durch Polizei oder Militär und gerichtliche Verfolgung. So wurde am 11. April in Susiya eine Frau beim Schafehüten von mehreren jugendlichen Siedlern mit Metallstangen attackiert und am Kopf und Oberkörper schwer verletzt.

Die Palästinenser, mit denen ich in Hebron, Bethlehem und den South Hebron Hills sprechen konnte, wollen eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Viele haben aber die Hoffnung auf eine Beendigung der Okkupation in naher Zukunft aufgegeben. Auch von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhoffen sich die meisten nichts. Sie fühlen sich mit ihren alltäglichen Problemen allein gelassen. Dasselbe gilt für ihre Einstellung zur Hamas. Von den Europäern, speziell uns Deutschen, erwarten sie wirkungsvollere Maßnahmen, um Israel zu veranlassen, die Besatzung zu beenden.

Vor unserer Aussendung in die einzelnen Einsatzorte sagte Bischof Dr. Munib Younan, Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land: „Das Ende der Besatzung ist eine Befreiung für die Palästinenser und Israelis. Es ist inzwischen alles gesagt, Lösungen liegen bereit. Es fehlt nur der Wille, sie auch endlich umzusetzen."

Ein israelischer Soldat erklärt die Gegend zur Sicherheitszone.

„Seht, dies ist jetzt unser Land!“

Um Al Amad und Khirbet Shuweika sind kleine Dörfer, versteckt in den South Hebron Hills. Zwei Tage begleiten wir dort Schäfer und ihre Herden zu ihren Weiden. Wir erwarten allerdings kein friedvolles, erholsames Wandern durch die Landschaft. Die Schäfer haben uns um Hilfe gebeten, weil es an der Grenze zu den israelischen Siedlungen immer wieder zu Attacken und Drohungen durch die radikalen Siedler und das israelische Militär kommt.

In Um Al Amad treffen wir Hannan (39) und ihren Sohn Amschid (13), die schon mit ihrer Herde auf uns warten. Wir steigen über Felsen und Steine hinunter ins Tal zu den Weiden, die nach dem langen Regen saftig grün sind. Oberhalb liegt die israelische Siedlung Otni´el. Kaum rücken wir ins Blickfeld der Siedler, rennen zwei israelische Soldaten den Hügel herunter, gleichzeitig setzt sich ein Militärjeep in Bewegung und stoppt unweit der Herde. Drei Soldaten steigen aus und beobachten uns durch ihre Feldstecher. Verängstigt drehen die Schäfer mit ihren Herden ab, laufen eilig den Berg in Richtung ihres Dorfes hoch. Oben treffen wir auf Hannans Vater, Mohammad Jibren Machmut Hereset (70), mit dem anderen Teil der Herde und erfahren den Grund ihrer hastigen Flucht: „Vor einem halben Jahr, im letzten Oktober, drohte mir ein Siedler, mich zu erschießen, wenn ich das Feld nicht sofort verlassen würde. Dabei richtete er die ganze Zeit sein Gewehr auf mich“, berichtet er, noch immer völlig aufgebracht. Er möchte nicht, dass wir ihn fotografieren, aus Angst vor weiteren Repressalien.

Khirbet Shuweika liegt in der Nähe eines Außenpostens der israelischen Siedlung Shim`a. Außenposten sind kleinere Ansammlungen

Was aussieht wie ein idyllischer Spaziergang, dient dem Schutz der Schäfer.

Der Außenposten Shim'a bei Khirbet Shuweika.

von Wohnwagen in der Nähe einer bereits bestehenden Siedlung. Sie sind selbst nach israelischem Recht illegal, werden aber meist geduldet. In der Regel werden sie nach kurzer Zeit mit Elektrizität und Wasser versorgt und nach und nach Teil Siedlung. Das bedeutet, dass sie immer mehr palästinensisches Land für ihre landwirtschaftlichen Betriebe beanspruchen. Auf Proteste und gerichtliche Eingaben der Palästinenser reagieren die israelischen Behörden entweder gar nicht oder mit „Scheinzerstörungen" der Außenposten.

„Sie reißen ein altes Zelt am Rande der Außenposten ab, was dann in den Medien groß herauskommt, als ‚Beweis' dafür, dass sich Israel an internationale Abkommen hält", sagt Nasser Nawajet, Mitarbeiter der israelischen Menschenrechtsorganisation B´tselem (www.btselem.org).

Laut der IV. Genfer Konvention, Artikel 49/Absatz 6 sind alle anderen israelischen Siedlungen ebenfalls illegal: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln." Mit der Ansiedelung von inzwischen etwa 500.000 Siedlern in Jerusalem und der Westbank und weiteren geplanten Siedlungen verstößt Israel damit gegen internationales Recht.

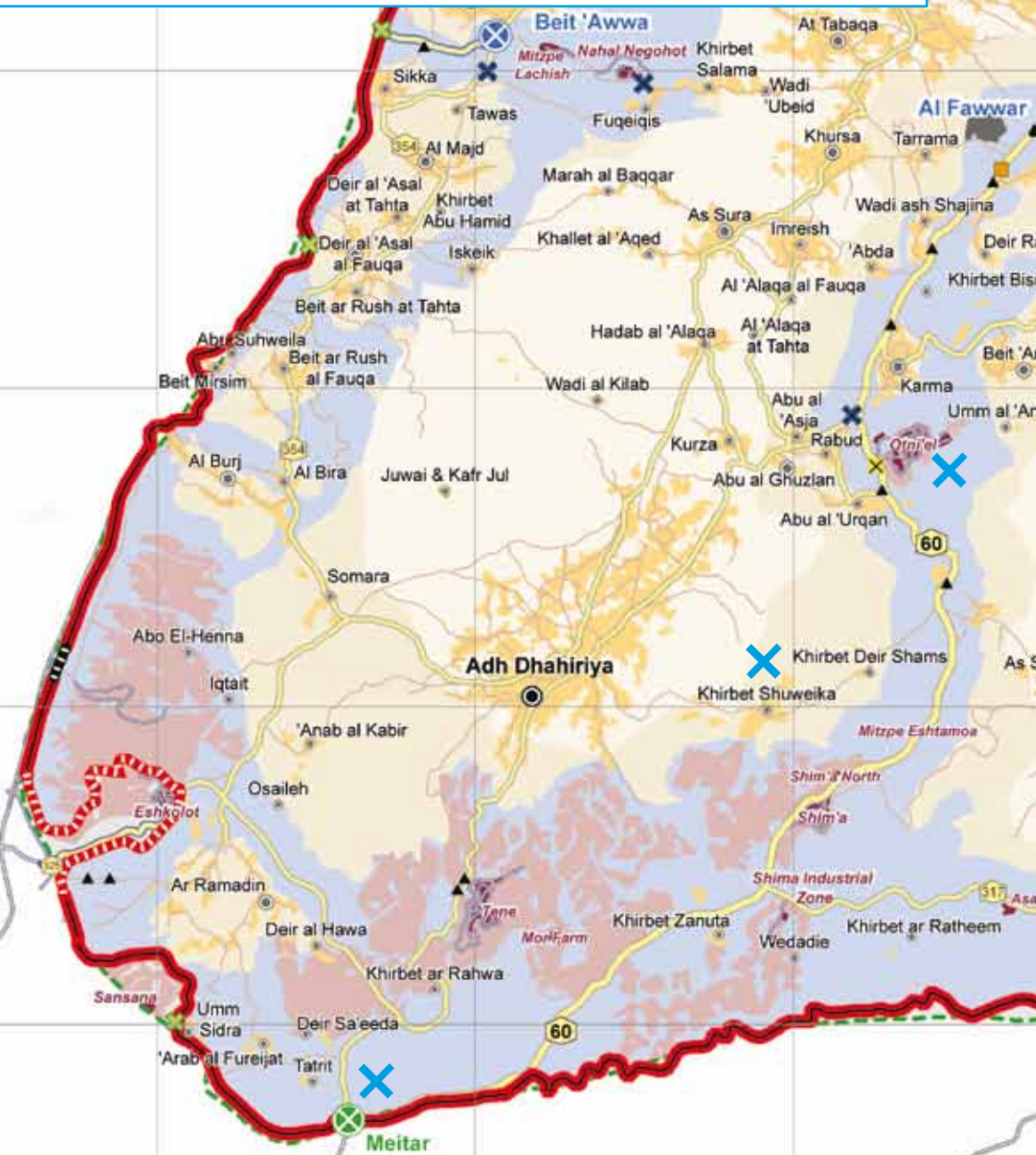
Als wir in Khirbet Shuweika auf der Hügelkuppe oberhalb der Weiden ankommen, sehen wir als erstes einen aus Steinen gelegten riesigen Davidstern am Talgrund. Eine ständige Provokation für die Palästinenser: Seht, dies ist jetzt unser Land! Auf der gegenüberliegenden Seite des Tals erscheinen drei Siedler, als wir mit der Schafherde den Hügel hinab klettern. Auf halber Höhe folgen sie uns, einer von ihnen trägt eine Steinschleuder, schwenkt sie wie eine Drohgebärde von Zeit zu Zeit hin und her. „Wir sind froh, dass ihr hier seid", sagt Muhammad, unser Schäfer, „normalerweise bewerfen sie uns sofort mit Steinen, wenn wir hier unten sind und verscheuchen uns. Wenn ihr Fotos macht, trauen sie sich das nicht."

Oben auf dem Siedlerhügel hat sich inzwischen eine Reihe von Soldaten postiert, die uns beobachten. Es bleibt aber zunächst alles ruhig, bis ein paar Schafe über eine imaginäre Grenze, die willkürlich festgelegt wird, auf die Siedlerseite rennen. Es kommt zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Palästinensern und einem Siedler, der uns die ganze Zeit gefolgt ist.

Davidstern bei Khirbet Shuweika.

South Hebron Hills

- Palästinensische Städte und Gemeinden
- A-Zone, B-Zone
- C-Zone
- Siedlungen, Gemeindegebiet
- Grüne Linie von 1949
- Mauer
- Checkpoints
- Regionen mit Erwähnung in dieser Publikation



Kartografie: Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Stand: August 2011
http://www.ochaopt.org/generalmaps.aspx?id=96
Bearbeitung: Henrik Weinhold/Berliner Misssionswerk

Frühling in Palästina.

Schließlich ruft er offensichtlich die Soldaten zu Hilfe. Zwei von ihnen stürmen den Hügel herunter und drängen die Schäfer mit ihren Schafen laut schreiend in unsere Richtung ab. „Beide Seiten machen manchmal Probleme und wir sind hier, um für Ruhe zu sorgen. Die Palästinenser und Israelis sollen in Ruhe miteinander leben", sagt ein Soldat in einem kurzen Gespräch mit uns. Ein frommer Wunsch angesichts der ungleichen Lebensbedingungen der beiden Völker.

Bei der Rückkehr ins Dorf nehmen wir die wunderschöne Landschaft war, mit ihren sanften Hügeln, silbrig-grünen Olivenhainen, blühenden Mandelbäumen und den ersten Frühlingsblumen, die sich wie farbige Teppiche über das Land legen. Der Kontrast gegenüber der Drohkulisse der Siedlungen und des allgegenwärtigen Militärs könnte nicht größer sein. Mitten in diesem Konflikt werden wir Zeuge, wie auf der Weide zwei Lämmer geboren werden und nehmen es als ein Zeichen der Hoffnung – trotz allem!

Gemeinsam für den Frieden

Wir sind nun seit zwei Monaten in der Westbank. Täglich haben wir Situationen erlebt und Geschichten von Menschen gehört, die uns empört, traurig, manchmal mutlos gemacht haben: Geschichten von Ungleichbehandlungen, Demütigungen und Zerstörungen. Aber wir haben auch Menschen getroffen, die sich seit vielen Jahren für Gerechtigkeit und Frieden in Israel und den besetzten Gebieten einsetzen. Israelis, die sich von Rückschlägen, Unverständnis, Anfeindungen nicht entmutigen zu lassen.

Roni Keidar ist gebürtige Engländerin. Sie lebt seit 1982 in Moschav, einer Landwirtschaftskooperative in der Nähe von Sderot an der nördlichen Grenze zu Gaza. Moschar liegt etwa 500 Meter von der Grenze entfernt, hier gibt es häufig Einschläge von Raketen aus dem Gazastreifen, gegen die sich die Bewohner mit Bunkern in

Häusern und an Bushaltestellen schützen. Roni Keidar ist Mitglied der NGO (Nichtregierungsorganisation) „The Other Voice“. Dort haben sich Menschen aus der Gegend um Sderot und aus Gaza zusammengefunden, die nach kreativen Lösungen für ein friedliches Zusammenleben in ihrer Region suchen. Bevor die Grenze zu Gaza geschlossen wurde, bestanden rege Kontakte untereinander. Man schloss Freundschaften, besuchte sich regelmäßig. Heute können sich Freunde kaum noch treffen, telefonieren allerdings so häufig wie möglich miteinander. Zusammen mit „The Other Voice“ veranstaltet Roni Keidar regelmäßige Treffen und Workshops, die auch Mitglieder aus Gaza besuchen, wenn sie eine Genehmigung bekommen.

„Wir sprechen dort über Dinge, die uns alle in unserem Alltag bewegen. Über unsere Ängste, Sorgen, unsere Familie. Nicht darüber, wer Recht oder Unrecht hat. Wir teilen die gleiche Geschichte, jede Seite sieht sie aus ihrer Perspektive. Für uns ist es wichtig, zuzuhören, die andere Perspektive zu verstehen, ohne sie zu bewerten.“

Roni Keidar von „The Other Voice“ ...

...blickt nach Gaza.

Wir stehen auf dem Hügel oberhalb der Grenzmauer zu Gaza, sehen in der Ferne Gaza-Stadt.

„Ich möchte, dass die Menschen in Gaza ein würdiges, freies und erfolgreiches Leben führen können. Um uns zu zeigen, dass wir aneinander denken, gehen wir an unserem Chanukkafest auf diesen Hügel und zünden unseren Leuchter an. Gleichzeitig zünden auch unsere Freunde dort drüben Kerzen an. Ich weiß, dass ich mit meiner Hoffnung auf eine Änderung der Situation zu einer Minderheit gehöre. Viele, selbst Familienangehörige, betrachten mich als eine naive Träumerin. Aber ich sehe immer wieder Zeichen, dass Dinge sich bewegen, wenn wir versuchen, miteinander zu reden.“

Ich denke an die Geschichte, die Roni Keidar uns zu Beginn unserer Begegnung erzählte. Mit ihrem Mann, einem aus Ägypten stammenden Juden, lebte sie fünf Jahre in Kairo. Lange Zeit wurde ihre Tochter nie zu den Geburtstagen ihrer Schulfreundinnen eingeladen. Über den Grund, dass ein jüdisches Mädchen nicht in eine arabische Familie eingeladen werden kann, wurde nie offen gesprochen. Erst nach drei Jahren gelang es Roni Keidar, den Bann zu brechen – als sie eine Feier an einem neutralen Ort ausrichtete. Plötzlich lösten sich die Spannungen und man begann, miteinander zu reden. Schließlich freundeten sich die Familien sogar an. „Schießen und Zurückschießen ist keine Lösung. Wir müssen eine gemeinsame Zukunft gestalten. Denn wir sind hier, um hier zu bleiben und die Palästinenser sind hier, um hier zu bleiben. Lasst uns also gemeinsam das Beste aus der Situation machen!“ www.other-voice.org

Wir trafen außerdem:

Lior Amihai von Peace Now. Diese NGO setzt sich vor allem gegen den Siedlungsbau in der Westbank und Ostjerusalem ein. Im Rahmen ihres Projektes Settlement Watch beobachten die Mitarbeiter die Planung, Entwicklung und Folgen des Siedlungsbaus und bringen Petitionen beim Israelischen Obersten Gerichtshof ein, um Erweiterungen und den Neubau von Siedlungen zu verhindern. www.peacenow.org

Hanna Barag von Machsom Watch. Diese Gruppe israelischer Frauen setzt sich für ein Ende der Besatzung ein und für das Recht auf Bewegungsfreiheit der Palästinenser in ihrem Land. Sie beobachten, beschreiben und dokumentieren die Abfertigung an den Checkpoints durch die Soldaten der israelischen Armee und veröffentlichen ihre Texte und Fotos. 2008 erhielten sie den Aachener Friedenspreis.
www.machsomwatch.org

Avihai Stoller von Breaking the Silence. Während seines dreijährigen Dienstes in der israelischen Armee machte er in der Westbank Erfahrungen, die seine Zweifel am Sinn seiner Einsätze immer mehr vergrößerten. Er schloss sich der Organisation an, die Berichte von israelischen Soldaten über deren Wehrdienst in den besetzten Gebieten sammelt und in Israel veröffentlicht. www.breakingthesilence.org

Ruth Hiller von New Profile. Diese NGO kritisiert die Machtposition des israelischen Militärs, seine Allgegenwart im Alltag der israelischen Gesellschaft und die Verletzung der Menschenrechte durch israelische Soldaten in den besetzten Gebieten. Sie berät junge Menschen, die den Militärdienst verweigern wollen, ohne deren Motive zu bewerten. www.newprofile.org

Rania LaHam vom Mossawa Center. Diese Organisation setzt sich für die Gleichberechtigung der arabischen Minorität (20 %) in Israel ein, die politisch, wirtschaftlich und kulturell unter erheblichen Benachteiligungen leidet. www.mossawa.org

Checkpoints und andere Behinderungen

Seit dem Bau der Mauer ist die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in der Westbank unter anderem durch die Checkpoints stark eingeschränkt worden. Insgesamt gibt es etwa 100 Checkpoints. Zwei Drittel davon befinden sich innerhalb der Westbank, ein Drittel sind direkte Grenzübergänge zu Israel. Die vielen Behinderungen sind ein Hauptgrund für die Verschlechterung der Wirtschaftslage, für Arbeitslosigkeit und Armut. Es ist schwierig, zur Arbeit zu kommen und Waren zu transportieren. Durch die zeitlichen Verzögerungen sind die Transportkosten höher geworden, die Gewinne niedriger. Israel hat das Recht, sich durch verschiedene Mittel selbst zu schützen, wenn sie militärisch erforderlich sind. Angesichts der Dauer, Ausdehnung und Folgen der Einschränkungen für die Palästinenser, sind die Mittel allerdings nicht angemessen. Sie sind ein Verstoß gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13 und Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 12). Außerdem verstößt Israel gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung, denn die Einschränkungen gelten nur für Palästinenser, nicht für jüdische Staatsbürger.

„Sabah al cher!" Hunderte Male wird uns der Morgengruß am Meitar Checkpoint zugerufen, dem südlichsten Grenzübergang von der Westbank nach Israel. Zweimal pro Woche, am Sonntag und Donnerstag, postieren wir uns am Zugang zum Checkpoint, beobachten und dokumentieren die Vorgänge beim Passieren des Durchgangs.

Seit 4 Uhr morgens strömen Arbeiter in Kleinbussen und Autos aus dem gesamten Gebiet um Yatta zu diesem Übergang. Heute, am Sonn-

tag, beginnt die Arbeitswoche und der Andrang ist deshalb besonders groß. Die Männer tragen Beutel, Säcke und zusammengerollte Matratzen. Auf der Zufahrtsstraße zum Checkpoint, die gesäumt ist von Ständen und Buden, decken sie sich mit Brot, Dosenfisch, Oliven, Tomaten, Süßigkeiten für die nächsten Tage oder Wochen ein. Dicht schiebt sich in der großen Wellblechhalle die Schlange der Männer durch Gänge, die mit Geländern voneinander abgetrennt sind. Ein schmaler käfigartiger Durchgang, oben gesichert mit Rasierklingendraht-Rollen, führt zu einem Drehkreuz, das immer nur kleine Gruppen zu den Kontrollstellen durchlässt und dann blockiert wird.

Heute zählen wir in den drei Stunden bis 7 Uhr etwa 3.500 Menschen, die den Checkpoint passieren. Unter der Woche sind es meistens um die 2.500. Im Abstand von einer halben Stunde geben wir Zeitkarten aus, auf denen wir die Ankunftszeit einer Person am Checkpoint eintragen. Wir bitten dann um Abgabe der Karte auf der israelischen Seite, wo sich inzwischen einer von uns postiert hat, und tragen die Ankunftszeit ein. So können wir feststellen, wie lange der Durchgang dauert. Die Zeiten schwanken in der Regel zwischen 10 und 30 Minuten. Gibt es starke Verzögerungen oder Probleme, können wir die Humanitarian Hotline anrufen. Männer, die zurückgeschickt werden, befragen wir nach dem Grund. Meist stimmen entweder die Fingerabdrücke nicht mit dem Computereintrag überein, oder die Arbeitserlaubnis oder der Personalausweis sind abgelaufen. Die Zahlen aus unseren sieben Einsatzorten werden später statistisch ausgewertet und an die UN weitergeleitet.

Wir „Internationalen“ dürfen diesen Durchgang nicht benutzen, sondern werden nur am Checkpoint für die Fahrzeuge durchgelassen. Die Männer erzählen uns aber, dass drinnen ihre Taschen kontrolliert werden, sie die Schuhe ausziehen und ihren Gürtel ablegen müssen. Dass die Fingerabdrücke kontrolliert werden und bei jedem Durchgang ein Ganzkörperfoto gemacht wird.

Kurz vor 6 Uhr. Das Drehkreuz ist nun schon seit 10 Minuten blockiert. Die Männer in der Wartehalle werden unruhig, beginnen zu schreien, zu schieben, zu stoßen. Einige klettern über die Trenngeländer, andere an der Seitenwand entlang, um weiter nach vorne zu gelangen. Auch am Drehkreuz hangeln sich einige hoch. Zwei Männer traktieren sich mit Fäusten. Das Schreien hat sich inzwischen zu einem Höllenlärm gesteigert. „Die Männer haben Angst, zu spät auf die andere Seite zu kommen. Dort warten die Busse nach Beer Sheva auf sie, wo

Gedränge am Checkpoint: Die Männer haben Angst, zu spät zur Arbeit zu kommen.

die meisten arbeiten. Wenn sie die verpassen, können sie möglicherweise ihren Arbeitsplatz verlieren“, sagt uns einer der Fahrer außerhalb der Wartehalle. „In dem Gedrängel kommt es oft zu Verletzungen. Es hat sogar schon Armbrüche gegeben.“

Die Männer, die heute den Checkpoint passieren, gehören zu der vergleichsweise glücklicheren Gruppe der legalen Arbeiter in Israel. Es gibt etwa 22.000 palästinensische Arbeiter, die laut der Palestinian Workers´ Union (eine palästinensische Gewerkschaft, Anm. der Redaktion) eine gültige Arbeitserlaubnis besitzen. Voraussetzungen dafür sind, dass man mindestens 35 Jahre alt, verheiratet und Famili-

Wir begleiten Schulkinder am Checkpoint Beit Yattir.

envater ist und nicht auf der Schwarzen Liste steht, z. B. wegen Vorstrafen oder politischer Betätigung. Männer unter 30 bekommen – aus Sicherheitsgründen – grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Legale Arbeiter gelten in Israel als billige Arbeitskräfte, werden oft auch beim Bau und der Erweiterung von israelischen Siedlungen eingesetzt, sind aber in der Regel immerhin gegen Krankheit und Unfälle versichert. Mindestens eine ebenso große Gruppe arbeitet illegal in Israel. Die Schätzungen reichen bis zu 40.000. Auch wir treffen auf eine große Anzahl illegaler Arbeiter.

„Ich arbeite als Maurer", erzählt uns einer von ihnen. „Nachts fährt uns ein Transporter in die Nähe der Grenze. Auf Schleichwegen laufen wir bis zum Grenzzaun und kriechen durch ein Loch. Oft müssen wir lange warten, bis die Patrouille verschwunden ist. Sind wir drüben, rennen wir ein paar hundert Meter zu einem wartenden Bus. Wird man erwischt, gibt es erst eine Verwarnung, beim zweiten Mal zahlt man eine Strafe, beim dritten Mal wird man verhaftet. Ich saß schon viermal im Gefängnis. Wir wohnen bei einem israelischen Araber. Wird die Wohnung bei einer Razzia durchsucht, flüchten wir. Wenn es gut läuft mit der Arbeit, bekomme ich 200 Schekel (40 €) am Tag. Manchmal bekommen wir allerdings keinen Lohn. Aber in der Westbank habe ich gar keine Arbeit und ich muss doch meine Frau und sechs Kinder ernähren. Ich weiß, es ist riskant, weil ich keine Versicherung habe. Aber welche Wahl bleibt mir schon? Manchmal bin ich Monate weg. Die Trennung von meiner Familie fällt mir schwer."

Schon von Weitem sehen wir die etwa 20 Schulkinder auf uns zulaufen. Sie kommen aus der Schule in Imneizil, einem Dorf direkt an der südlichen Grenze zu Israel. Wir warten hier oben am Checkpoit Beit Yatir auf sie, um sie zur anderen, zur israelischen Seite zu begleiten, in das palästinensische Dorf Al-Seefer. Dort leben vier

Familien, etwa sechzig Personen, in einer Art Niemandsland, in der sogenannten Seam Zone (Randzone). Auf der südlichen Seite grenzt das Dorf an die grüne Grenze (Waffenstillstandslinie von 1948), wodurch es eigentlich zur Westbank gehört, auf den anderen Seiten an den hohen Zaun, der die Grenze zu Israel markiert. Eine willkürliche Grenzziehung, damit die israelische Siedliung Beit Yatir auf israelischer Seite liegt.
Die Schulkinder zeigen am Checkpoint ihre Passierscheine, ohne die sie nicht zurück in ihr Dorf gelangen können. Ihre Taschen und Jacken laufen über ein Kontrollband, werden anschließend eingehend von Hand untersucht. Wenn wir Ökumenische Begleiter die Kinder begleiten, geht die Abfertigung reibungslos und schnell vonstatten. Sonst gibt es häufig willkürliche Verzögerungen. Wie uns die Eltern berichten, brauchen die Kinder teilweise bis zu einer Stunde für den Durchgang. Der Schulweg führt dicht an den Siedlern vorbei, die die Kinder schon häufig belästigt und attackiert haben. Deshalb führen wir sie direkt bis zu ihren Häusern, besuchen dann auch manchmal die Familien.

Amne Abu Qbeita.

Amne Abu Qbeita (39) lebt mit ihrem Ehemann, zehn Kindern und ihrer Schwiegermutter in Al-Seefer. Die Familie ist sehr arm. Die 13 Personen wohnen und schlafen im einzigen großen Raum eines einfachen Steinhauses. Sie leiden darunter, dass sie stark eingeschränkt sind in ihrer Mobilität. „Alle drei Monate müssen wir unsere Aufenthaltserlaubnis erneuern lassen. Unsere Verwandten können nicht zu Besuch kommen, da sie die dafür notwendigen Dokumente nicht bekommen. Die nächste Wasserquelle liegt für uns auf der anderen Seite des Checkpoints. Wir transportieren das Wasser auf einer Karre zu Fuß bis hierher. Im Sommer brauchen wir für unsere Schafe größere Mengen Wasser, die wir mit einem Trecker aus Yatta holen. An der Grenze gibt es dann meist Probleme. Wir dürfen auch nur eine bestimmte Menge an Lebensmitteln aus der Westbank mitbringen. Wir fühlen uns hier gefangen."

Wasser – ein Menschenrecht!

„Mattar kathir, alhamdulillah!", strahlt mich Iman, unsere Nachbarin in Yatta an. Ja, es regnet viel seit ein paar Tagen in den South Hebron Hills und sie dankt Allah für den Segen, während mir der Sinn dringend nach Sonne steht. Vergesse ich doch immer wieder, dass das kostbarste Gut – Wasser – hier nicht so selbstverständlich zu jeder Tageszeit aus dem Wasserhahn fließt wie bei uns in Deutschland. Das Wassernetz in Yatta ist begrenzt. Unser Nachbar füllt aus seinem Anschluss unsere drei Wassertanks auf dem Dach bei Bedarf auf und wir achten sorgfältig darauf, dass Wasser möglichst sparsam genutzt wird. Wir duschen weniger, als wir es von zuhause gewohnt sind, und nutzen das Abwasser aus der Waschmaschine für die Toilettenspülung. Eigentlich gäbe es in der Westbank genügend Wasser für alle Bewohner – wenn es gerecht verteilt werden würde. Gesetze, die von Israel zwischen 1967 und 1974 erlassen wurden, erklärten das Wasser in den palästinensischen Gebieten zu israelischem Staatseigentum. Bau, Besitz und Betreiben von Wasseranlagen müssen seither durch das israelische Militär genehmigt werden, was in der C-Zone so gut wie nie erfolgt. Im Oslo- Abkommen von 1995 einigten sich Israelis und Palästinenser zwar auf jeweils gleiche Anteile in der Wasserversorgung, Israel hielt sich allerdings

Rinderfarm der Siedlung Karmel.

nicht daran. So beansprucht es mehr als 80 % des Wassers vom Gebirgsaquifer, der einzigen Wasserressource für die Palästinenser in der Westbank und verfügt darüber hinaus über weitere Quellen.

In den South Hebron Hills sind selbst die entlegenen israelischen Siedlungen an das moderne israelische Wassernetz angeschlossen und gehen verschwenderisch mit der knappen Ressource um. In der israelischen Siedlung Karmel sehen wir blühende Gartenanlagen und große Rinder- und Hühnerzuchtfarmen, die den Wasserverbrauch in die Höhe treiben. Im Durchschnitt verbrauchen die Israelis 350 Liter pro Person und Tag, in den Siedlungen oft sogar mehr. Die Palästinenser in der Westbank verfügen nur über etwa 70 Liter Wasser pro Person pro Tag. In den kleinen Dörfern in den South Hebron Hills, in denen es kein fließendes Wasser gibt, sondern großenteils Regenwasser in Zisternen aufgefangen wird, teils über nicht mehr als 20 Liter. Das entspricht der Wassermenge, die die Weltgesundheitsorganisation in Notfallsituationen als Minimum ansieht. Brunnen, Quellen, Wassertanks und landwirtschaftlich genutzte Teiche werden aufgrund fehlender Genehmigungen häufig zerstört, 2011 in der Westbank über 100 Anlagen.

In Saadet Tha´lah reichten die beiden großen Wasserzisternen zur Versorgung von 80 Personen und mehreren hundert Schafen aus. Der Bau der Wasserzisternen hatte das Dorf damals 2.000 Schekel (400 Euro) gekostet. Nach der Zerstörung der Zisternen durch die israelische Armee sind kurzfristig Verwandte bei der Wasserversorgung eingesprungen, aber die Lage ist nun bedrohlich angespannt.

„Wir müssen das Wasser jetzt mit einem Traktor aus At Tuwani holen, das sind ungefähr fünf Kilometer von hier", sagt Farid, ein Dorfbewohner, bei unserem zweiten Besuch in Saadet Tha´lah. „Treibstoff und Wasser kosten uns 500 Schekel (110 Euro) im Monat, im Sommer bedeutend mehr, mehr als wir aufbringen können. Wie sollen wir dann unsere Tiere versorgen?"

„Dort oben", ergänzt Jamil und zeigt in Richtung Karmel, „haben sie Wasser in Hülle und Fülle, und das Schmutzwasser und die Gülle von den Tierfarmen lassen sie oft zu uns herunter ins Dorf laufen. Rufen wir das Militär, passiert nichts. Erst als wir neulich den Roten Halbmond zu Hilfe gerufen haben, hörten die Verschmutzungen für eine Weile auf."

Am 28. Juli 2010 wurde der Zugang zu ausreichendem und sauberem Wasser von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgenommen.

Verschmutzte Zisterne in Saadet Tha'lah.

„Wo soll ich denn auch hingehen?“

Der Weg nach Saadet Tha´lah ist steinig, nach den regenreichen Tagen teilweise schlammig. Im Gegensatz zu der angrenzenden israelischen Siedlung, die über eine gut ausgebaute Straße erreichbar ist, ist das palästinensische Dorf – wie viele andere Dörfer in den South Hebron Hills – schwer zugänglich. In Saadet Tha´lah wohnen etwa 80 Menschen, die überwiegend von Schafzucht leben. Ihre Häuser bestehen aus niedrigen Steinmauern mit einer zeltartigen Dachkonstruktion. Das Vorgängerteam in unserem Einsatzort in Yatta wurde am 15. Februar 2012 in dem Dorf Augenzeuge von massiven Zerstörungen durch die israelische Armee und bat uns dringend, die Lage dort weiter zu beobachten und zu dokumentieren.

Zwei Dorfbewohner führen uns zu den Überresten eines völlig zerstörten Hauses, von dem nur noch ein Haufen Blechgestänge übrig geblieben ist. Ursprünglich lebte dort eine achtköpfige Familie, die nun in Zelten des Roten Halbmonds untergebracht ist. Von den vier Zisternen des Dorfes wurden die beiden größeren unbenutzbar gemacht: Sie wurden zerstört, in die eine wurde anschließend Schafsmist geworfen, die andere mit Schutt aufgefüllt.

„Wir sind froh, dass uns unsere Cousins aus dem Nachbardorf mit Wasser aushelfen, und wir hoffen, dass wir unsere Zisternen bis zum Sommer wiederherstellen können. Wir können sonst unsere Tiere nicht ausreichend mit Wasser versorgen“, sagt Jamil Ahamad (47). „Sie kamen mit Bulldozern und zwölf Jeeps und ich musste meine Schafe innerhalb von Minuten von der Weide entfernen, weil das ganze Gebiet zur Sicherheitszone erklärt wurde. In der Eile habe ich eins meiner Lämmer zurückgelassen und konnte es später nicht mehr finden.“

Sein Schafstall, in dem er 300 Schafe untergebracht hatte, wurde dem Erdboden gleich gemacht, vom Kuhstall sind nur noch Trümmer übrig geblieben. Als der Schafstall einstürzte, wurden vier Lämmer getötet. Das Muttertier kann sich nur mühsam humpelnd fortbewegen, da es an einem Bein Verletzungen davontrug.

Alle Zerstörungen erfolgten ohne einen Abrissbescheid (demolition order), den Dorfbewohner üblicherweise vorher erhalten. 2004 hatte das Dorf zwar einen solchen Bescheid bekommen,

Zerstörtes Haus in Saadet Tha`lah

mit Hilfe einer Rechtsanwältin vor dem Obersten Gerichtshof in Israel aber eine vorläufige Aufhebung erwirkt. Die Abrisse von Gebäuden werden meistens mit einer fehlenden Baugenehmigung begründet. Baugenehmigungen werden Palästinensern allerdings so gut wie nie erteilt, so dass sie sich in der Regel den notwendigen Wohnraum nach israelischem Recht „illegal“ schaffen.

Für die Solaranlage in Saadet Tha´lah gibt es inzwischen solch eine offizielle Abrissverfügung. Die Anlage wurde von Deutschland finanziert und gebaut. Bis vor zwei Jahren gab es im Dorf keine Elektrizität. Durch die Solaranlage haben die Bewohner nun Strom zum Heizen, für die Landwirtschaft und für ein Telefon, um mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben. Die Befürch-

tung, dass auch die Anlage bald zerstört werden könnte, ist groß.

Neben den Zerstörungen von Gebäuden gab es auch tätliche Angriffe auf die Bewohner.

„Einer der Soldaten schlug dem Besitzer des zerstörten Hauses mit der Faust ins Gesicht, weil er versuchte, noch einige Dinge aus seinem Haus vor der Zerstörung zu retten", erzählt uns Awad, unser zweiter Begleiter. Und er zeigt mir die Stelle, an der ein Mädchen aus dem Dorf einen Laib Käse zum Trocknen nach draußen tragen wollte, dabei von einem Soldaten mit einem Stein beworfen und am Bein verletzt wurde. Jamil Amahad bedrückt, dass die Kinder im Dorf extrem verängstigt sind, wenn israelische Soldaten mit ihren Gewehren auftauchen. „Meine sechsjährige Tochter versteckte sich in der Toilette, als die Jeeps ankamen." Auf die Frage, wie er seine Zukunft in Saadet Tha´lah sieht, gibt es für ihn nur eine Antwort: „Niemals werde ich das Dorf verlassen! Hier bin ich geboren und hier will sterben. Wo soll ich denn auch hingehen?"

Jamil Amahad.

Solaranlage in Saadet Tha'lah – mit deutscher Hilfe finanziert.

Eingemauert

Ich besuche in den drei Monaten in der Westbank zwei weitere Einsatzorte der Ecumenical Accompaniers (Ökumenischen Begleiter) oder der EAs, wie wir uns selbst nennen, um die Aufgaben dort kennen zu lernen. In Bethlehem treffe ich in den zwei Tagen auf Menschen, die dort leben und sich auf unterschiedliche Art und Weise mit friedlichen Mitteln für ein Ende der Besatzung einsetzen.

Al Walaja, ein palästinensisches Dorf mit etwa 2.000 Einwohnern, liegt zwischen Bethlehem und Jerusalem, direkt an der von Israel gezogenen Grenze zur Westbank. Hunderte von Bäumen wurden für einen weiteren Abschnitt der Mauer entfernt. Insgesamt 75 % seines Landbesitzes hat Al Walaja inzwischen verloren. Nach den neuesten Plänen wird es schließlich völlig von der Mauer umgeben sein, mit einem einzigen Durchgang nach Bethlehem. In der Regel sind diese Durchgänge aber nicht kontinuierlich passierbar, oft gibt es willkürliche Schließungen - aus Sicherheitsgründen, wie es dann offiziell heißt.

Omar Isar Hajajlah lebt mit seiner Frau und drei kleinen Kindern in einem Haus, das ein wenig abgelegen am Rande des Ortes liegt. Omar hat etliche Abrissbescheide erhalten, da sein Haus

offensichtlich dem geraden Verlauf der Mauer im Weg steht. Nach einem Urteil des Obersten Israelischen Gerichtshofs darf sein Haus aber nicht abgerissen werden, da er Dokumente aus der Zeit vor Beginn der Besatzung besitzt, die ihn eindeutig als Besitzer des Grundstückes und Hauses ausweisen. Trotzdem wird mit allen Mitteln versucht, ihm das Leben so unangenehm wie möglich zu machen. So wird in Kürze die Mauer auch sein Haus von vier Seiten umschließen. Der Zugang zum Dorf wird dann nur noch durch einen Tunnel möglich sein, der speziell für ihn gebaut wird. Omar hat in den letzten Jahren erbitterten Widerstand gegen diese Pläne geleistet, er will unter keinen Umständen sein nun völlig isoliertes Haus aufgeben.

An der Moschee des Ortes treffen wir Shereen Al-Araj vom Popular Committee Against the Wall. Sie hat zu einer Demonstration für die Einhaltung der Internationalen Menschenrechte im Falle Al Walajas aufgerufen. Wir begleiten die wenigen Demonstranten, die sich eingefunden haben, bis zu Omars Haus, wo uns drei israelische Militärjeeps erwarten. Eine Stimme fordert uns per Lautsprecher auf, die Versammlung aufzulösen und den Ort sofort zu verlassen. Da es keine gesetzliche Grundlage für dieses Verbot gibt, betreten wir das Haus. „Unsere Lage ist verzweifelt", sagt Omar, „meine Frau ist der Situation psychisch kaum noch gewachsen."

Wir sehen auf dem Rückweg den fast fertigen Tunneldurchgang und den schon markierten Abschnitt des zukünftigen Mauerverlaufs – eine absurde Situation.

Cremisan, das kleine Kloster der Salesianer Don Boscos, liegt auf einem Hügel am Rande Bethlehems und ist berühmt für seinen Weinanbau. Es ist das einzige christliche Weingut in der Westbank. Aus dem Verkaufserlös des Weins wird eine Berufsschule finanziert, eine der wenigen ihrer Art in den besetzten Gebieten. Seit

Ein Tunnel bleibt als einziger Zugang zum Dorf.

dem Bau der Mauer ist das Kloster in finanzielle Bedrängnis geraten, da Teile des Gebäudes vom Hauptgebäude und der Weinkellerei getrennt wurden.

Wir fahren nach Cremisan, um an einem Gottesdienst teilzunehmen, der seit einiger Zeit an jedem Freitagnachmittag unter freiem Himmel unterhalb des Klosters stattfindet. Er ist ein liturgischer Protest gegen die wachsende Bedrohung der Überlebensfähigkeit des Klosters. Innerhalb des nächsten halben Jahres soll ein Mauerabschnitt fertig gestellt werden, der mit einer erheblichen Konfiszierung von klostereigenem Land einhergehen wird und sicherlich eine weitere ökonomische Einschränkung nach sich ziehen wird. Das Kloster wird dann gänzlich von Bethlehem abgetrennt sein. Weil durch den Bau der Mauer der Absatz des Weins immer schwieriger wurde, wird seit 2004 Wein

Gottesdienst unter freiem Himmel in Cremisan.

aus Cremisan nach Europa verkauft, auch als eine Form von Solidarität, um den Erhalt des Klosters und der Schulen zu sichern.

Wir stehen währen des Gottesdienstes unter Olivenbäumen, um uns herum blühende Frühlingswiesen und der aus uralten Zeiten stammende Terrassenanbau. Und auf den Hügeln gegenüber Gilo und Har Gilo, die größten israelischen Siedlungen in der Westbank.

Zweimal Hoffnung

Im Dorf Al Ma´sara wollen wir eine Gruppe Demonstranten begleiten, die jeden Freitag für ein Ende der Besatzung demonstriert. Vorsorglich nimmt sich jeder eine Zwiebel mit. Sollten israelische Soldaten Tränengas einsetzen, was in Hebron schon der Fall war, werden wir die Zwiebel an einem Stein zerquetschen und unter die Nase halten. So wird Tränenfluss erzeugt und verhindert, dass es zu gefährlichen Augenverletzungen kommt. Diesmal haben sich etwa 70 Menschen versammelt, darunter viele Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen. Auch hier ist die Moschee Ausgangspunkt der Demonstration. Viele Menschen tragen eine palästinensische Fahne. Beim Zug durch das Dorf skandieren Sprechchöre: „One, two, three, four, occupation no more! Five, six, seven, eight, stop the killing, stop the hate!" Dazwischen refrainartig: „Free, free Palestine!"

Der Zug kommt vor einer Kette von Militärfahrzeugen zum Stehen. Einige Demonstranten verwickeln die Soldaten in hitzige Diskussionen. Andere laufen seitwärts über ein Feld, um die Demonstration dort fortzusetzen. Sie werden aber von israelischen Soldaten verfolgt, bis zu einer massiven Straßensperre und einer Kette von etwa 20 Soldaten. Auch hier wieder Diskussionen und schließlich eine langsame Auflösung der Demonstration. Eine Demonstrantin reicht

einem israelischen Soldaten zum Abschied die Hand.

„Wir treffen uns nun schon seit 2004 jeden Freitag um 17.30 Uhr zum Gebet hier an der Mauer“, sagt Schwester Angela, eine Nonne, die im nahegelegenen Kinderkrankenhaus arbeitet. „Meist kommen um die 15 Menschen und beten mit uns. Es kommt aber auch vor, dass es bis zu 100 werden, wenn sich uns ganze Gruppen anschließen.“ Am Checkpoint für den Fahrzeugverkehr sind wir heute zu Zwölft. Wir wollen gemeinsam im Gebet um eine baldige, friedliche Beendigung der Besatzung und die Versöhnung zwischen Israelis und Palästinenser bitten. Während wir langsam an der Mauer entlanggehen, wird der Rosenkranz gebetet, zunächst in englischer, dann in italienischer, zum Schluss in arabischer Sprache. Einige haben einen Rosenkranz mitgebracht und lassen die Perlen durch ihre Hände gleiten. Dreimal gehen wir auf und ab, bleiben schließlich vor einer auf die Mauer gemalten rot-goldenen Marien-Ikone stehen zu einem Schlussgebet. „Bis zum nächsten Freitag“!

Demonstranten treffen auf israelisches Militär.

Wie viele Freitage werden sie wohl noch kommen müssen?

Bis zum nächsten Freitag....

EAPPI-Freiwilliger aus Kanada

Demonstration am Checkpoint.

Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI)

Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) unterstützt lokale und internationale Anstrengungen zur Beendigung der israelischen Besetzung und will zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch einen gerechten Frieden, gestützt auf das Völkerrecht und die einschlägigen UN-Resolutionen, beitragen. Auftrag von EAPPI ist es, Palästinenser und Israelis bei ihren gewaltlosen Aktionen zu begleiten und gemeinsame Anstrengungen zur Beendigung der Besetzung zu unternehmen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Programms beobachten die Lage und melden Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht. Sie unterstützen Aktionen gewaltlosen Widerstands an der Seite lokaler christlicher und muslimischer Palästinenser und israelischer Friedensaktivisten, gewähren Schutz durch ihre gewaltlose Anwesenheit, setzen sich für politische Veränderungen ein und üben ganz allgemein Solidarität mit den Kirchen und allen, die sich gegen die Besetzung wenden.

Grundsätze

EAPPI stützt sich auf die Grundsätze des humanitären Völkerrechts und auf die Menschenrechtsgesetzgebung, einschließlich der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, der UN-Generalversammlung und der UN-Menschenrechtskommission. Eines der wichtigsten Prinzipien von EAPPI ist die grundsätzliche Unparteilichkeit. Der EAPPI-Verhaltenskodex bekräftigt Folgendes: Wir ergreifen in diesem Konflikt für keine Seite Partei und diskriminieren niemanden. Wir sind aber nicht neutral, wenn es um die Einhaltung der Menschenrechtsgrundsätze und der Prinzipien des humanitären Völkerrechts geht. Wir stehen den Armen, Unterdrückten und Ausgegrenzten solidarisch zur Seite. Wir wollen alle Parteien in diesem Konflikt auf faire, unvoreingenommene Weise in Wort und Tat unterstützen.

Unser Ansatz stützt sich einerseits auf die Überzeugung, dass die Besetzung nicht nur den Palästinensern, sondern auch den Israelis schadet, andererseits auf unsere Besorgnis über das Leid, das beide Völker, Palästinenser und Israelis, erfahren. Jeder einzelne von diesem Konflikt betroffene Mensch, sei er nun Täter oder Opfer von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, ist für uns menschlich. Über das Programm bringen wir jedoch unsere Solidarität mit Menschen auf beiden Seiten des Konflikts zum Ausdruck, die auf gewaltlosem Weg danach streben, die Besetzung zu beenden und einen gerechten Frieden zu erreichen.

Zielsetzungen

Auftrag des Programms ist es, Palästinenser und Israelis in ihren gewaltlosen Aktionen und gemeinsamen Anstrengungen zur Beendigung der Besetzung zu begleiten. Im Einzelnen sollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Programms:

- am Alltag der palästinensischen und israelischen Zivilgesellschaft, der Kirchen und christlichen Gemeinden teilhaben;
- in Gemeinden, an Orten oder bei Ereignissen, die ungeschützt sind, sichtbar präsent sein, z. B. in der Nähe von israelischen Siedlungen, der Mauer/des Zauns, Schulen und Häusern, Feldern und Obstplantagen;
- ein offenes Ohr für die örtliche Bevölkerung und ihre Erfahrungen haben, dem täglichen Leid der Menschen unter der Besetzung eine Stimme geben und in Berichten sowie auf öffentlichen Veranstaltungen von diesen Erfahrungen sprechen;
- das Verhalten der israelischen Soldaten beobachten (z. B. an Kontrollpunkten und anderen Sperren, bei Demonstrationen und anderen militärischen Einsätzen) und die zuständigen Organisationen und Behörden benachrichtigen, um ein Eingreifen zu erwirken;
- auf gewaltlose Art und Weise Kontakte zu Menschenrechtsverletzern herstellen;
- aus erster Hand qualitativ anspruchsvolle, schriftliche Dokumente, Augenzeugenberichte und Analysen verfassen;
- Verstöße gegen die Menschenrechte und gegen das internationale Völkerrecht, die von ökumenischen Begleitpersonen miterlebt und dokumentiert worden sind, melden und diese Berichte dazu verwenden, Regierungen und internationale Gremien zu informieren und sie zum Handeln zu drängen;
- Kontakte zu den lokalen, nationalen und internationalen Medien knüpfen;
- sich an der internationalen Fürsprache- und Netzwerkarbeit beteiligen, die die Menschenrechtssituation in Palästina thematisiert.

Sind Sie an einem EAPPI-Freiwilligendienst interessiert?

Informationen zu den Bewerbungsvoraussetzungen und Bedingungen für eine Teilnahme an dem Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel finden Sie unter **http://www.eappi.org/de/mitmachen/oekumenische-begleitperson-werden/deutschland.html**

Das Berliner Missionswerk ist eine aussendende Organisation des EAPPI.
Kontakt:
Jens Nieper,
Nahostreferent
Tel.: (030) 243 44 – 195 (-196)
nahost-jv@berliner-missionswerk.de

Berliner Missionswerk
der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
und der Evangelischen Landeskirche Anhalts

Georgenkirchstraße 70
10249 Berlin
Telefon: (030) 243 44–123
Fax: (030) 243 44–124
bmw@berliner-missionswerk.de
www.berliner-missionswerk.de